

Pakistans nukleare Erpressungsdoktrin

Die Atommacht und Islamische Republik Pakistan betrachtet ihre territorialen Ansprüche im Kaschmirkonflikt gegen Indien als offene Rechnung der Teilung von 1947. Ihr militärischer Geheimdienst ISI unterstützt in Afghanistan und Kaschmir jihadistische Milizen zur Erreichung außenpolitischer Ziele.

Thomas K. Gugler

Das Karatschi-Abkommen vom 27. Juli 1949 definiert nach dem Ersten Indisch-Pakistanischen Krieg 1947-1948 eine Waffenstillstandslinie zwischen beiden Ländern, die seitdem praktisch eine Staatsgrenze bildet. Ihr Verlauf wurde durch die drei nächsten Indisch-Pakistanischen Kriege in den Jahren 1965, 1971 und 1999 nicht verändert. 1963 tritt Pakistan zwischen Indien und Pakistan umstrittenes Gebiet an der Nordseite des Karakorum-Gebirges an China ab. Im Simla-Abkommen von 1972 wird die Waffenstillstandslinie in Kontrolllinie umgetauft. Alle vier Indisch-Pakistanischen Kriege wurden von Pakistan mit Unterstützung jihadistischer Söldner begonnen und verloren.

Am 14. Februar 2019 tötete ein radikalislamischer Selbstmordattentäter im von Indien kontrollierten Kaschmirdistrikt Pulwama mindestens 40 indische Sicherheitskräfte. Als Reaktion flog die indische Luftwaffe am 26. Februar einen Angriff auf ein Trainingslager der von Masood Azhar angeführten Terrormiliz Jaish-e Muhammad (JeM, Armee Muhammads) bei Balakot in der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa. Nach Angaben des indischen Außenministeriums richtete sich diese „nicht-militärische Präventivaktion“ nicht gegen Pakistan, sondern ausschließlich gegen JeM, die sich in einer Videobotschaft zum Anschlag in Pulwama bekannt und weitere Anschläge angekündigt hat. Unklar bleibt bislang, ob die lasergelenkten SPICE 2000 Bomben (smart, precise, impact, cost-effective) israelischer Produktion ihr Ziel erreichten oder knapp verfehlten. Nach pakistanischen Angaben war letzteres der Fall, so dass bei diesem ersten Luftangriff aus Indien auf pakistanisches Territorium seit 1971 niemand verletzt wurde. Dennoch bombardierte Pakistan als Vergeltungsmaßnahme am 27. Februar mehrere Wiesen im indisch kontrollierten Teil Kaschmirs und schoss mindestens einen indischen Kampffjet in Grenznähe ab, wodurch ein indischer Pilot in pakistanische Gefangenschaft geriet. Der Pilot wurde am 1. März an

indische Behörden übergeben. Pakistan schloss bis zum 4. März seinen Luftraum für den zivilen Verkehr; Tausende Flüge mussten umgeleitet werden.

Militärstrategisch ist diese Eskalation zwischen zwei Atommächten höchstrelevant. Nach dem Ende des Jihads gegen die Sowjets in Afghanistan 1979-1989, gab es ausreichend professionell ausgebildete und bewaffnete Kämpfer in der Region. Während die Bundesregierung in den frühen 1990ern verdeckt über die Konrad-Adenauer-Stiftung in Islamabad die Mujahidin mit einem Millionenbetrag erfolgreich zum Sturz des gewählten Präsidenten Dr. Najib von der Demokratischen Volkspartei in Kabul motivierte, überzeugte Pakistan andere Kämpfer zum Jihad in Kaschmir um seine territorialen Ansprüche gegen Indien geltend zu machen. Der ungestrafte Einsatz von Terrorismus zur Erreichung außenpolitischer Ziele wird durch Pakistans Status als Atommacht ermöglicht. Pakistans militärisches Nuklearprogramm und die militärische Unterstützung nichtstaatlicher jihadistischer Akteure bedingen einander. Konventionell ist Pakistan Indien militärisch unterlegen. Daher droht das Land stets mit einem raschen nuklearen Erstschatz gegen Indien um sich so einer Sanktionierung wegen des Einsatzes von Terrorgruppen zu entziehen. Indien hingegen schließt einen nuklearen Erstschatz kategorisch aus. Pakistans militärische Strategie der Abschreckung zwang Indien bislang erfolgreich zur strategischen Zurückhaltung. Dass Indien Pakistans nuklearen *bluff* nun *callt* und die indische Strategie militärischer Zurückhaltung aufgibt, ist so überraschend wie überfällig. Möglicherweise spielt auch der Wahlkampf des Hindunationalisten Narendra Modi hierbei eine Rolle; zwischen dem 11. April und 12. Mai finden in mehreren Etappen die indischen Parlamentswahlen statt. Dass Pakistan tags darauf mit einem zeitnahen Gegenschlag seine Bereitschaft zu weiterer Eskalation Nachdruck verlieh, entspricht seiner militärischen Strategie maximaler Abschreckung. Erstmals aber wird klar: Indien lässt sich auf Pakistans nukleare Erpressungsdoktrin nicht mehr uneingeschränkt ein.

Pakistans Strategie der nuklearen Erpressung bleibt nicht auf Indien beschränkt. Auch der internationalen Gemeinschaft entzieht das Land enorme Pachtgelder für seinen Sicherheitsapparat mit dem Argument, es sei aufgrund der Stärke seiner diversen islamistischen Milizen als Atommacht „zu gefährlich zum Scheitern“. Dabei scheint sich abzuzeichnen, dass für den Krieg gegen den Terror an Pakistan transferierte Gelder v.a. für Korruption, die militärische Aufrüstung gegen Indien sowie die Unterstützung von solchen

Terroristen aufgewendet werden, deren außenpolitische Agenda der des pakistanischen Militärs dienlich ist.

China ist ein dritter Akteur im Kaschmirkonflikt mit eigenen territorialen Interessen. Pakistan ist seit vielen Jahren ein stabiler Satellit der Volksrepublik. Mit dem Abzug der Amerikaner in Afghanistan wächst Pakistans Einfluss bei seinem deutlich kleineren westlichen Nachbarn: Religiös, sprachlich und kulturell bilden Pakistan und Afghanistan ohnehin ein organisches Ganzes ohne natürliche Grenze. Somit wird auch Afghanistan voraussichtlich Teil des chinesischen Orbits. Nominell souverän sind beide Staaten zu klein, struktur- und wirtschaftsschwach um sich einer in Peking getroffenen Entscheidung zu widersetzen. Chinas Einfluss auf den Kaschmirkonflikt ist leider eher eskalierenden statt deeskalierenden Charakters. Dies zeigte sich zuletzt am 13. März als China zum vierten Mal in den letzten zehn Jahren im UN-Sicherheitsrat verhinderte, dass Masood Azhar, Gründer und Anführer der JeM, als globaler Terrorist eingestuft wird.

Die Gelegenheit wäre nun günstig, Druck aus dem kaschmirischen Dampfkessel zu lassen. Der Kaschmirkonflikt kann nicht gelöst werden, aber es gibt auch keinen rationalen Grund, das gesamte Kaschmirgebiet weiterhin als umstritten zu betrachten. Pakistans Einsatz von Terroristen in Kaschmir wäre außenpolitisch weit weniger sinnig, wenn die internationale Gemeinschaft beide Länder zur Anerkennung der Kontrolllinie als Grenze motivierte. Kaschmirs Zivilbevölkerung würde von einer Entmilitarisierung in beiden hochmilitarisierten Besatzungszonen zweifellos profitieren. Die Frage, ob Pakistan als staatlicher Terrorismusunterstützer eingestuft werden soll, muss ebenfalls ergebnisoffen diskutiert werden dürfen. Eine Debatte über Wirtschaftssanktionen, die Nordkorea und Iran erfolgreich an den Verhandlungstisch brachten, würde wohl ebenfalls dazu führen, dass Pakistan seine Unterstützung für Jihadisten überdenkt.

Die multinationale Arbeitsgruppe für finanzielle Maßnahmen (FATF) mit Sitz in Paris hat den Druck auf Pakistan nach einem Treffen Ende Februar 2019 deutlich erhöht. Pakistans Fortschritte bei der Eindämmung der Finanzierung von Terrorismus wurden für nicht ausreichend befunden. Für 2018 wurden in Pakistan 8.707 verdächtige Finanztransaktionen berichtet, d.i. ein Anstieg um 57 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Allein im Januar und Februar 2019 kamen weitere 1.136 verdächtige Finanztransaktionen hinzu. Gegen sechs Banken wurden Geldstrafen verhängt und gegen 109 Bankangestellte Ermittlungen

eingeleitet. Sollte Besserung weiterhin ausbleiben, könnte Pakistan im September 2019 auf die Schwarze Liste der FATF gesetzt werden, auf der gegenwärtig nur Nordkorea und Iran stehen.

Als Reaktion auf den FATF-Bericht verkündete die Regierung Pakistans am 5. März ein Verbot der Terrorbewegung *Jamaat ud-Dawa* und ihrer *Falah-e Insanyat Foundation*. Mufti Abdul Raoof und Hamad Azhar, Sohn und Bruder von Masood Azhar, wurden neben 42 anderen Mitgliedern von Terrororganisationen vorübergehend in Untersuchungshaft genommen. Einige dieser Personen sind in einem Dossier Indiens über den Pulwama-Anschlag aufgeführt; die pakistanische Regierung betont jedoch die Unabhängigkeit ihrer Entscheidungen.

Seit 1965 – während Pakistans erster Militärdiktatur von Feldmarschall Ayub Khan – erhält die Islamische Republik Pakistan, die kein Primat der Politik gegenüber dem Militär kennt, militärische Ausbildungshilfe in Deutschland. Bislang haben knapp 400 pakistanische Soldaten ihre Ausbildung in Deutschland erfolgreich beendet. Die Bundesregierung sollte die vom deutschen Steuerzahler finanzierte Fort- und Weiterbildung von Angehörigen der pakistanischen Streitkräfte, die nachweislich Terroristen unterstützen, an inländischen Bundeswehrstandorten ebenso stoppen wie Rüstungsexporte in die Region. Der letzte Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter weist allein für das erste Halbjahr 2018 49 Genehmigungen, u.a. für Torpedoflugzeuge und Teile für Kampfflugzeuge, mit einem Wert von mehr als 115 Millionen Euro nach Pakistan aus. Im gesamten Jahr 2018 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 174 Millionen Euro nach Pakistan.